

Antrag

der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Karlheinz Gutmacher, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Rainer Funke, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Gudrun Serowiecki, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Bausteine für eine liberale Bürgerstadt

Der Bundestag wolle beschließen:

Die liberale Bürgerstadt bezieht ihren Reiz, ihre Kraft und Dynamik aus ihrer Vielfalt: Sie ist attraktiver Wohnort und Wirtschaftsstandort zugleich, sie ist eigenständig und selbstorganisiert und lebt von der Eigeninitiative, der Beteiligung, der Kommunikation und Mobilität ihrer Bürger. Die Bürgerstadt ist prägender Bildungs- und Kulturstandort. Ihre Integrationsfähigkeit entwickelt sie aus dem toleranten Miteinander ihrer Bewohner und aus der Sicherheit, die sie ihren Bürgern auch gegen Kriminalität und Gewalt bietet. Die liberale Bürgerstadt wirkt der Entstehung sozialer Brennpunkte durch mannigfache Hilfen auch mit städtebaulichen Mitteln entgegen.

Freiheit, Verantwortung und Privateigentum sind die entscheidenden Merkmale, welche die Bausteine für eine zukünftige liberale Bürgerstadt prägen. Es ist eine öffentliche Aufgabe den Rahmen für eine marktwirtschaftliche und bürgerorientierte Städtebaupolitik zu gestalten.

1. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zur Stadtplanung als öffentlicher Aufgabe, zur regionalen und örtlichen Unterschiedlichkeit und zum Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Die Stadtplanung bleibt eingebunden in die überregionale Raumordnungsplanung. Entscheidungs- und Koordinierungsprozesse müssen im Wesentlichen örtlich verankert werden.
2. Der Deutsche Bundestag versteht die Stadtplanung als Koordinationsaufgabe von Nutzungsmöglichkeiten in der Fläche. Die Eigentümer und die Nutzer stellen ihr Angebot und ihre Nachfrage unter öffentlicher Koordination, welche einen Abwägungsprozess unter möglichst breiter Bürgerbeteiligung beinhaltet, aufeinander ein.
3. Der Deutsche Bundestag setzt sich für eine Stadtplanung moderner Prägungen, die sich an den positiven Effekten der Koordination ausrichtet und der Mehrung des Wohlstandes aller. Stadtplanung ist der Bewahrung und dem Ausbau der Freiheit künftiger Generationen verpflichtet.
4. Ressourcen sind schonend zu verwenden. Die Infrastruktur ist so angelegt, dass auch zukünftigen Generationen eigenverantwortliche Optionen möglich sind.

5. Das bestehende öffentliche Baurecht erfüllt die liberalen Anforderungen bisher nur begrenzt. Die baurechtlichen Bestimmungen stellen den Städten inzwischen eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung, die Planungsprozesse beschleunigen, Private stärker beteiligen und Ressourcen schonen. Die gewünschte Beschränkung der Städte auf die Aufgabe der Koordination der Nutzungsinteressen erfordert jedoch eine grundlegende Reform des besagten Instrumentariums, weil es nicht ausreichend oder gar missbräuchlich im Sinne der freiheitlichen Ziele und freiheitlichen Entscheidungsräume eingesetzt wird.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb:

- Die Einschränkung kommunaler Rechte bei der Stadtplanung muss verhindert werden.
- Die missbräuchliche Vermischung stadtplanerischer Instrumente mit haushalts-, vermögens- und sozialpolitischen Zielen muss beendet werden.
- Das Baugesetzbuch ist mit dem Ziel zu reformieren, die Koordination der Nutzungsrechte der Eigentümer am Markt zu erleichtern und die Planungshoheit der Kommunen zu stärken.
- Die Baunutzungsverordnung wird mit dem Ziel reformiert, eine stärkere Durchmischung der Nutzungsmöglichkeiten Arbeit, Wohnen und Leben zu erreichen.

Berlin, den 3. Juli 2002

Hans-Michael Goldmann
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Rainer Funke
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Gudrun Serowiecki
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion